

# Die Frage nach der Sicherheit

Kritiker bezweifeln, ob auf dem Lechfeld 18 Millionen Euro für den Ausbau nötig sind

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jörg Sigmund

## Lagerlechfeld

18 Millionen Euro stehen im Raum. Diese Summe wird für Sicherheitsmaßnahmen benötigt, sollte der Militärflughafen Lagerlechfeld zivil genutzt werden. Die Kostenschätzung hat das Staatliche Hochbauamt Augsburg im Auftrag des Verteidigungsministeriums erstellt. Und Staatssekretär Walter Kolbow (SPD) hat sie nun in einem Schreiben an den Kemptener Bundestagsabgeordneten Gerd Müller nochmals bestätigt. Mehr noch: Die Summe würde sich sogar um weitere vier Millionen Euro erhöhen, sollten auf dem Fliegerhorst täglich mehr als 20 zivile Flugbewegungen abgewickelt werden.

Diese Kosten würden das Vorhaben „undurchführbar machen“, heißt es in einem Brief an Verteidigungsminister Peter Struck (SPD), den Politiker aus der Region parteiübergreifend unterzeichnet haben. Den Sicherheitsbestimmungen sei auch, so ihre Meinung, durch eine Änderung der betrieblichen Abläufe gerecht zu werden. Sie erhoffen sich von Struck ein „entsprechendes Entgegenkommen“.

Nun ist die Luftwaffe dem Vernehmen nach in der Frage des Airport-Standortes in zwei Lager gespalten. Die eine Seite lehnt einen, sapperd gesagt, „Untermieter“ kategorisch ab. Auf dem Lechfeld handle es sich um einen reinen Militärflughafen, der für die zivile Nutzung nicht konzipiert sei. Die andere sieht darin einen wichtigen Baustein, den Fliegerhorst Lagerlechfeld langfristig zu sichern. Durch die Umrüstung auf Eurofighter-Maschinen habe die Bundeswehr im Jahr 2015 nur noch drei Tornado-Staffeln auf zwei Standorten in Deutschland. Ein ziviler Flughafen-Betreiber, der sich an den zehn Millionen Euro Grundkosten, die die Bundeswehr jährlich aufbringen müsse, nur um auf dem Lechfeld fliegen zu können, beteiligt, wäre demnach von entscheidendem Vorteil.

Außerdem könnte, so Insider, eine neue Flughafen-Gesellschaft auch die Kosten für den Ausbau der Kanalisation und Enteisung

## Hintergrund



Lagerlechfeld bleibt als Standort für einen Regionalflughafen weiter im Blickfeld. Sorge bereiten jedoch millionenschwere Mehrkosten für Sicherheitsmaßnahmen. Bild: Ulrich Wagner

von Roll- und Startbahn mit übernehmen. Diese werde dann zwingend erforderlich, wenn die Nutzung des Fliegerhorstes erweitert werden sollte. Grund ist das anhängige Wasserrechtsverfahren der Stadtwerke Augsburg (Trinkwasserschutzgebiet Fohlenau), nach dem der Standort lediglich Bestandschutz genießt. Eine Verlagerung des Jagdbombergeschwaders 32 von Lagerlechfeld nach Penzing (Landkreis Landsberg) schließen Experten indes aus. Zwar werden die heute in Penzing stationierten Transall-Maschinen bis zum Jahr 2010 abziehen, die Startbahn dort sei mit einer Länge von 2300 Metern für Tornados jedoch zu kurz.

Die Politik in der Region ist in der Standortfrage jedoch weiter uneins. Vor allem aus dem Allgäu wird nach wie vor heftige Kritik an

den Plänen für Lagerlechfeld geübt. Der Kemptener CSU-Bundestagsabgeordnete Gerd Müller spricht von einer „Hängepartie“. Es gebe bisher weder einen Betreiber noch eine solide Finanzierung. Müller: „Dagegen findet in Memmingerberg bereits ein reger Geschäftsflugverkehr statt.“ Von einem „Luftschloss“ ist auch in der Allgäuer Wirtschaft die Rede.

Dagegen hat die Stadt Augsburg im Etat inzwischen zwei Millionen Euro für das Projekt angesetzt. Der Landkreis Augsburg zögert indes mit entsprechenden Haushaltsmitteln, da es von der Bundeswehr noch „keine klare Ausrichtung“, etwa in der Frage der 18 Millionen Euro Mehrkosten, gebe. Landrat Karl Voegelé (CSU) betonte jedoch: „Wir schlagen die Tür nicht zu.“